Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Anzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Bahnhofgemeinde, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Rüsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Gerstenberg, Grumbach, Tirschheim, Kuhschnappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna, Mittelfischer, Erfenschlag, Röchberg, Erlbach, Pleißa und Rußdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 2.85 Mk., monatlich 95 Pfg. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamte vierteljährlich 2.85 Mk., monatlich 95 Pfg., frei ins Haus vierteljährlich 3.37 Mk., monatlich 109 Pfg. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 3. Briefe und Telegramme an das Tageblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.

Der Anzeigenpreis beträgt in den sogenannten Preis- für die sechsgespaltene Zeile 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachlaß. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Beschwerdeanspruch aus. Zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt nicht Betrag oder Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Zustimmung in Fortfall.

Nr. 24 — Bank-Konto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz. — Donnerstag, 30. Januar 1919. — Postscheck-Konto: Leipzig 28 464. — 69. Jahrg.

Die Waffenstillstandsverhandlungen

Die Waffenstillstandskommission in Spa teilt unterm 27. Januar folgendes mit:

Zur Frage der alliierten Lebensmitteltransporte durch deutsches Gebiet über Danzig ließ die deutsche Regierung heute erklären, sie sei prinzipiell bereit, die Durchfuhr zu gestatten, wenn die beschleunigte Rückgabe des zur Verfügung gestellten Eisenbahnmaterials gewährleistet werde; sie zweifle jedoch wegen des schlechten Zustandes der Bahn und wegen Mangels an rollendem Material an einer schnellen Beförderung. Der Vertreter der deutschen Regierung hat um Auskunft gebeten, ob die in Polen weilende amerikanisch-polnische Lebensmittelkommission, die von den deutschen Behörden Unterstützung zur Fahrt von Warschau nach Danzig forderte, im Auftrage der amerikanischen Waffenstillstandskommission handle. Es werde um schriftliche Aufklärung gebeten, daß sich die Tätigkeit der Ernährungskommission auf die Lebensmitteltransporte beschränken und sie sich jeder politischen Betätigung enthalten werde. Die deutsche Regierung behalte sich außerdem vor, die Abberufung der polnischen Kommissionsmitglieder zu verlangen, falls diese nationalpolnische Propaganda zu treiben versuchten. Es könne nicht geduldet werden, daß durch unverantwortliche Machenschaften der Entscheidung der Friedenskonferenz über die Regelung der Ostgrenze Deutschlands vorgegriffen werde. Die französische Regierung hatte gebeten, gemäß dem Trierer Finanzabkommen vom 14. Dezember mit den Verhandlungen über die Rückgabe der in den ehemals von Deutschen besetzten Gebieten beschlagnahmten Vermögenswerte zu beginnen. Hierauf ließ die deutsche Regierung erklären, sie könne sich auf die gewünschten Verhandlungen nicht einlassen, solange ein erst nach Abschluß des Trierer Finanzabkommens bekanntgewordenes französisches Dekret fortbestehe, das die Sequestration des in Elsaß-Lothringen befindlichen Privateigentums aller Deutschen nicht elsaß-lothringischer Abstammung anordnet. Diese Maßnahme bedeute eine offenbare Verletzung des Artikels 6 des Waffenstillstandsabkommens, nach welchem dem Eigentum der Einwohner des von Deutschland geräumten Gebietes keinerlei Schaden oder Nachteil zugefügt werden darf. Sobald die durch das Dekret verfügte Sequestration des deutschen Vermögens aufgehoben und der in dieser Hinsicht beim Abschluß des Finanzabkommens deutscherseits vorausgesetzte Zustand wiederhergestellt sei, könne in die gewünschten Verhandlungen eingetreten werden. General Nudant erwiderte, die deutsche Regierung weigere sich also, in Verhandlungen über die Rückerstattung der erwähnten Werte einzutreten und stelle die Rückgängigmachung des französischen Dekretes als Vorbedingung. Er frage an, ob dies tatsächlich die Ansicht der deutschen Regierung sei. Der Vertreter der deutschen Regierung erklärte, es seien ihm keine weiteren Weisungen als die in der Note enthaltenen zugegangen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung bat die deutsche Waffenstillstandskommission um Mitteilung, ob die Nachricht zutreffe, das in Belgien befindliche deutsche Privateigentum sei beschlagnahmt und teilweise schon deutsche Werte verkauft worden.

*

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa hat die Entente um frühzeitige Freigabe des Saatgutverkehrs zwischen dem besetzten und dem nichtbesetzten Deutschland ersucht. Die französischen Besatzungsbehörden hatten vor einiger Zeit den Personen, die vor dem 1. August 1914 im französischen Abschnitt der neutralen Zone nicht ansässig waren, den Aufenthalt verboten. Auf den Protest der deutschen Waffenstillstandskommission hin ist neuerdings eine wesentliche Milderung dieser Bestimmung eingetreten. Die französischen Besatzungsbehörden sind angewiesen, Gesuchen von entlassenen deutschen Heeresangehörigen um Aufenthaltsgenehmigung für den französischen Abschnitt der neutralen Zone zu entsprechen, falls diese Gesuche durch wirtschaftliche Verhältnisse gerechtfertigt erscheinen.

Eine deutsche Antwort auf die französischen Uebergriffe im Elsaß.

Bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages hatte sich Deutschland im Abkommen von Trier vom 13. Dezember verpflichtet, in genaue Erörterung darüber einzutreten, auf welche Weise die Güter von Angehörigen der Alliierten zurückgegeben werden könnten. Nunmehr hat die Leitung der Waffenstillstandskommission der Alliierten in Spa Deutschland aufgefordert, Delegierte dorthin zu senden, um in Beratungen über diese Frage einzutreten. Das Auswärtige Amt hat aber abgelehnt, dies zu tun, solange die Franzosen in Elsaß-Lothringen deutsches Privatvermögen zur Sequestration bringen; weil dieses Vorgehen einen Bruch des Artikels 6 des Waffenstillstandsvertrages bedeutet, nach dem das Privateigentum in Elsaß-Lothringen unverletzlich ist.

Das deutsche Volk wird dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dank wissen, daß er es wagt, auf Uebergriffe der Entente mit Repressalien zu antworten.

Einziehung der Güter Wilhelms II. in Elsaß-Lothringen.

Nach einer Meldung des „Temps" hat der Regierungskommissar für das Gebiet von Metz angeordnet, daß alle Güter Wilhelms des Zweiten in Elsaß-Lothringen einzuziehen sind. Es handelt sich um das Schloß Urville und das daran anstoßende Gut Les Menils.

Der Abtransport der feindlichen Kriegsgefangenen.

Der Abtransport der in Deutschland befindlich gewesenen feindlichen Kriegsgefangenen ist den Bestimmungen des Waffenstillstandes entsprechend, bis zum 15. Januar 1919 durchgeführt worden. Trotz der ungünstigen Verhältnisse, die durch Abgabe des rollenden Materials, durch die schnelle Räumung des von den Deutschen besetzten Gebietes und der Landesteile links des Rheins hervorgerufen wurden, trotz der Weigerung der Entente, die in dem besetzten Gebiete beschäftigten 80 000 russischen Kriegsgefangenen zu übernehmen, ist der Abtransport der rund 635 000 feindlichen Kriegsgefangenen, mit Ausnahme einiger Kranker, reibslos durchgeführt worden. Diese Leistung, die durch Anspannung der äußersten Kräfte aller in Betracht kommenden deutschen Behörden nur erreicht werden konnte, ist um so höher zu bewerten, als die durch den Umsturz hervorgerufenen Schwierigkeiten einen planmäßigen Abtransport häufig in Frage gestellt haben. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß durch das verständnisvolle Eingehen der in Berlin befindlichen feindlichen Delegationen auf die Wünsche der deutschen Behörden der Abtransport nicht unwesentlich gefördert worden ist. Es ist zu hoffen, daß die Entente nunmehr ihrerseits endlich damit beginnen wird, auch die deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zurückzuführen, und daß die feindlichen Behörden eine ähnliche Opferfreudigkeit und Gewissenhaftigkeit beweisen werden, wie sie die Deutschen unter weit schwierigeren Verhältnissen, als wie es in den Ländern der Entente der Fall sein wird, gezeigt haben. Hierdurch würde der sehnlichste Wunsch der weitesten Kreise des deutschen Volkes erfüllt werden, das, im ehrlichen Kampfe überwunden, das Recht hat, seine Monate und Jahre in feindlicher Gewalt befindlichen Brüder, Männer und Väter wieder zu erhalten, ein Recht, das nicht nur in den Bestimmungen des Völkerrechts begründet, sondern dessen moralische Geltung von jedem Menschenfreunde, mag er im neutralen oder feindlichen Auslande sich befinden, unumwunden anerkannt werden muß.

Der Ruf nach Freiwilligen.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, gezeichnet Cohen und der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin, Noske, erlassen folgenden Aufruf an alle deutschen Männer:

„Von Tag zu Tag nimmt die unserer Heimat vom Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Russen, Polen und Tschechen greifen nach deutschem Besitz. Schon stehen die Armeen der Bolschewiki vor den Toren Ostpreußens und die Polen weit im deutschen Gebiet. Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte. Ungeachtet des maßlosen Elends, das der Bolschewismus über das russische Volk heraufbeschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente von neuem den blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die kommende Nationalversammlung vor. Wehe euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen. Statt der verheißenen Freiheit wird, wie in Rußland, Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtlosigkeit das Los unseres Volkes sein; wehe euch, wenn Heere fremder Völker über die östlichen Grenzen hereinbrechen. Euch allen, die ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heldenhaft geschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf. Helft auch jetzt mit, die bitterste Not abzuwenden. Meldet euch bei den Freiwilligenverbänden, welche die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat.

Kommt nach Berlin zur Gardekavallerie Schützendivision, Werbebureau Deutsches Künstlertheater, Nürnberger Straße 70, zum Regiment Reinhardt, Moabit, Neues Kriminalgericht, zum Landesjägerkorps, Steglitz, Albrechtstraße 131, zum Freikorps Hülsen, Luisenkaffee, Berliner Straße, Charlottenburg, zur Deutschen Schützendivision, Charlottenburg, Mankelstraße 31. Meldet euch bei den von den Generalkommandos in der Provinz aufgestellten Freiwilligenverbänden und bei den Bezirkskommandos. Pflicht aller Behörden und Privatunternehmer ist es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie müssen im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienstliche, geschäftliche und wissenschaftliche Zukunft erleiden."

Katastrophaler Rückgang der Kohlenförderung.

Nach einem Berichte des Bergbaulichen Vereins ist die gesamte Kohlenförderung im Ruhrrevier im Monat November um 54 Proz., im Dezember um 30 Proz. und in den ersten drei Wochen des Januar um fast 70 Prozent hinter der letzten Friedensförderung 1913 zurückgeblieben. Die Verhältnisse treiben nach dem gleichen Berichte einer Katastrophe schon in den nächsten vier bis sechs Wochen entgegen.

Aus Berlin, 28. Jan., wird hierzu gemeldet: Die Kohlenkatastrophe, von der das Deutsche Reich fast unmittelbar betroffen wird, ist gestern den ganzen Tag über Gegenstand von Besprechungen bei den verschiedenen Regierungsstellen gewesen. Dem Volksbeauftragten Ebert gegenüber legte der Reichskohlenkommissar Geheimrat Stutz eine geradezu trostlose Situation der Kohlenversorgung dar und unterbreitete ihm die Vorschläge, die auf die Erhöhung der Förderung im schlesischen Kohlenrevier abzielen. Volksbeauftragter Ebert stimmte den Ansichten und Vorschlägen des Kohlenkommissars zu. Ob die Regierung die Kraft und die Macht haben wird, sie auch durchzuführen, das wird sich in den nächsten Tagen zeigen.

Spartakus in Wilhelmshaven.

In den letzten Tagen ist Wilhelmshaven durch Spartakusgewaltakte heimgesucht worden. Die Festung ging in den Besitz der Spartakisten über, die Werft wurde von ihnen stark besetzt. Der Putsch der Spartakusleute hat eine Gegenbewegung der bürgerlichen Elemente gezeitigt. Die Eisenbahner, Postbeamten, Aerzte und Apotheker sind in den Streik getreten und entschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als der kommunistische Terror beseitigt ist. Es kam zu Infanterie- und Kavalleriekämpfen zwischen Berufssoldaten und Spartakisten, die in die Kaserne eingedrungen waren und dann entwaffnet wurden. Die Fernsprechleitungen mit Wilhelmshaven sind zerschnitten, der Bahnverkehr stockt völlig.

Brot und Fett für Arbeit.

Auf das Telegramm der Düsseldorfer Vertreterversammlung des Arbeitgeber-Verbandes für den Bezirk der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller antwortete Staatssekretär Erzberger: Einfuhr von Lebensmitteln erfolgt, sobald deutsche Handelsschiffe einlaufen. 450 000 Tonnen deutscher Handelsschiffsraum sind vorläufig der Entente zur Verfügung gestellt worden. Ich bin mit Ihnen einig, daß so bald als möglich verhandelt werde, um mehr Lebensmittel zu erhalten. Dazu ist aber Arbeit notwendig, da man den Deutschen sonst keinen Kredit gewährt. Die deutschen Guthaben im Auslande sind erschöpft. Bitte dringend, Arbeiterschaft zu sagen, daß Brot und Fett in reichlichen Mengen vorhanden und zur Verfügung stehen werden, sobald sie bei der Arbeit sind.

Polnische Gewalttaten.

Die Geiseln, die der Bromberger „Ostdeutschen Rundschau" zufolge von den Polen in vollen Haufen überall festgenommen werden, sind der Willkür und Grausamkeit zügelloser Soldatenhorden allerorts, ganz besonders aber im Kernwerk in Posen, ausgesetzt. Man hält sie dort eng zusammengepfercht und beköstigt sie miserabel. Die polnischen Führer behaupten, keinen Einfluß mehr auf ihre verwilderten Truppen zu haben. Die „Kriegführung" der Polen bestimmt immer rohere, allem Völkerrecht spottende Bahnen zu beschreiten. Plünderung und Beraubung der Deutschen, Ermordung von Zivilpersonen, Mißhandlung und Hinschlachtung wehrloser Gefangener sind an der Tagesordnung.

Bauernrevolte in Rumänien.

Eine Bukarester Meldung besagt, daß in Rumänien eine Bauernrevolte ausgebrochen ist. Die Bevölkerung der Dörfer, die sich seit Wochen gut vorbereitet hatte, erhob sich zu einer festgesetzten Stunde im ganzen Lande. An der Spitze stehen die heimgekehrten Soldaten, die mit Waffen gut ausgerüstet sind. Schon in der Sonnabendnacht zogen die Aufständischen in viele Städte ein, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam. In Bukarest wurde während des ganzen Sonntags gekämpft. Die Sozialdemokraten schlossen sich der Revolution an. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist bereits groß.

Rückkehr der Deutschen aus der Ukraine und Ostafrika.

Der Heimtransport der zur Heeresgruppe Kiew gehörenden Truppen macht gute Fortschritte. In Pinsk ist der letzte Truppentransport aus der Richtung Gomel eingetroffen. Darauf wurde Pinsk am 26. Januar geräumt. In Powursk sind aus der Richtung Kiew nur noch 25 Transportzüge zu erwarten. Voraussichtlich wird vor dem 1. Februar die Ukraine von den deutschen Truppen bis auf die in Nikolajew und Odessa abgeschnittenen geräumt sein. Sämtliche Truppen, die zu Fuß zurückmarschierten, haben die Linie Pinsk—Kowel in westlicher Richtung überschritten.

Internationalisierung der deutschen Kolonien?

„Daily Chronicle meldet aus Paris: Bei der Beratung über das Schicksal der Kolonien trat Wilson für die Internationalisierung der deutschen Kolonien ein.

Das Schicksal Wilhelms II.

Havas meldet aus Paris: Nach einem holländischen Uebereinkommen wird Exkaiser Wilhelm II. nach Holländisch-Indien verbannt werden.

Die Italiener bescheiden sich.

Wie der „Pester Lloyd" erfährt, beginnen die Italiener mit ihrer gesamten Artillerie und Kavallerie, sowie einem Teile der Infanterie, Fiume zu räumen. Eine bisher noch unbestätigte Nachricht besagt, daß die Italiener auch Istrien zu räumen beginnen.